

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Asienkonzept der EU

Nach dem Asienkonzept der Bundesregierung, das am 20. Oktober 1993 veröffentlicht wurde (abgedruckt u.a. in *Europa-Archiv*, 1994, S.D187-210) hat nun auch die Europäische Union ein eigenes Asienkonzept entwickelt und Grundzüge davon in einer Pressemitteilung vom 13.7.94 bekanntgegeben.

Einige Prämissen:

- Der Aufstieg Asiens änderte das Gleichgewicht in der Welt, vor allem im Wirtschaftsbereich. Schon Ende des Jahrhunderts dürften rd. 1 Mrd. Asiaten über ein "beträchtliches Konsumentenpotential" verfügen, darunter etwa 400 Mio. über Einkommen, die denen ihrer europäischen und amerikanischen Zeitgenossen durchaus gleichkämen.

- Schon heute sei die EU der zweitgrößte Markt für Exporte der asiatischen Entwicklungsländer - gleich hinter den USA: 1993 nahm die EU 27% aller Exporte der asiatischen Staaten ab, und zwar in einer Höhe von 128 Mrd. ECU. Gleichzeitig nahm der Anteil der asiatischen Entwicklungsstaaten an den Exporten der EU von 15 Mrd. ECU i.J. 1980 auf 93 Mrd. ECU 1993 zu - ein Zeichen wachsender Interdependenz.

- Gleichzeitig sei Asien am Ende des Jahrhunderts freilich auch dasjenige Gebiet, in dem ein Großteil der ärmsten Bevölkerungen der Erde lebt, ein Umstand, der nicht zuletzt durch die wachsenden Einkommensdisparitäten in der Region noch verstärkt wird. Eine Eindämmung dieser Armut müsse eines der wichtigsten Ziele der EU sein.

- Obwohl 1993 die Militärausgaben weltweit um 20% zurückgingen, hätten sie in Ostasien als der einzigen Region der Welt sogar noch zugenommen.

Sicherheitsfragen müßten für die EU also nach wie vor ein wichtiges Asien-Anliegen bleiben.

- Zwischen 1976 und 1991 hatte die EU Entwicklungshilfe im Werte von 32 Mrd. ECU an Asien geleistet; dies sei der zweithöchste Anteil (nach Japan) und dreimal so hoch wie der entsprechende Beitrag der USA.

- Immer noch existierten zahlreiche Handelshindernisse, weshalb die EU ihren Einfluß ausüben müsse, mehr Marktzugang zu schaffen.

Angeichts all dieser Entwicklungen müsse die EU ihre Asienstrategie "radikal überdenken" und dem Kontinent Asien einen weitaus höheren Stellenwert einräumen als bisher. Im einzelnen seien folgende Ziele zu verfolgen: (1) Verbesserung der Koordination der Mitgliedsländer gegenüber Asien; (2) klare Prioritätensetzungen; (3) Stärkung der ökonomischen Präsenz der EU in Asien; (4) Hebung des "europäischen Profils"; (5) Mitwirkung an den Bemühungen um Sicherheit in der Region; (6) stärkere Teilnahme Asiens an den multilateralen Organisationen; (7) Mitarbeit an der Verbesserung des Investitionsklimas in Asien; (8) Integration der asiatischen Länder auch im Sinne eines besseren Marktzugangs und (9) Bekämpfung der Armut in Asien.

Folgende Prioritäten seien zu beachten: (1) verstärkter politischer Dialog auf dem Gebiet der Abrüstung und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen; (2) Anhebung des europäischen Profils in Asien durch verstärkte "Erklärungen und Informationen"; (3) Erhöhung der europäischen Wirtschaftspräsenz durch Verbesserung der Marktzugänge, durch Einrichtung von

"European Business Councils" in Ländern wie China, Indochina und Pakistan, durch Stärkung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, durch Eröffnung von europäischen Technologiezentren in Schlüsselgebieten sowie Stärkung der europäischen Investitionstätigkeit durch Gewährung von Anreizen für Joint Ventures und durch andere Formen der Zusammenarbeit; (4) Armutsbekämpfung, wobei die EU sich ganz besonders um Projekte im Bereich der Volksschulbildung, des Gesundheitswesens, der Umwelt, des Trinkwassers und der Beseitigung von städtischen Slums bemühen solle.

China wird in diesem Zusammenhang zwar nicht besonders hervorgehoben, doch kommt ihm wegen der Größe des Landes, der Vielzahl der Probleme und auch wegen seiner zentralen geopolitischen Lage in der Region de facto eine ganz besonders hohe Bedeutung zu. -we-

\* (2)

### Li Peng besucht Deutschland

Vom 3. bis 9. Juli kam der chinesische Ministerpräsident zu einer Visite nach Deutschland, in deren Verlauf es einerseits zur Unterzeichnung zahlreicher Wirtschaftsabkommen, gleichzeitig aber auch zu zahlreichen Protesten und Pannen kam (Näheres dazu im Thementeil). -we-

\* (3)

### China und die baltischen Länder

Anfang Juli besuchte Außenminister Qian Qichen Weißrußland, Litauen und Estland. Wie üblich gab es am Vorabend seines Besuches eine "Grundsatzklärung" (genannt "Vier Grundprinzipien") für eine neue Politik gegenüber den drei Baltenstaaten: (1) Respektierung des Kurses, den die Bevölkerung der drei Staaten gewählt hat, (2) Beziehungen nach den "Fünf Grundsätzen der friedlichen Koexistenz", (3) Priorität für wirtschaftliche Zusammenarbeit, (4) Unterstützung für das Verlangen der drei Staaten, regional enger zusammenzuarbeiten. (XNA, 4.7.94)

In Vilnius mußte Qian sein Reiseprogramm etwas ändern, weil es dort protobetische Demonstrationen gab. (XNA in SWB, 6.7.94) Der Besuch in

Estland verlief dagegen störungsfrei. (Berichte dazu in XNA, 3./4.7.94) Zu dem für Ende August 1994 aus Estland geplanten Abzug der russischen Truppen äußerte sich Qian in der Öffentlichkeit aus wohlverstandenen Gründen nicht.

Lettland blieb von dem Besuch Qians ausgespart, weil Riga zu dieser Zeit noch offizielle Beziehungen zu Taiwan unterhielt. Schon wenige Wochen später freilich hatte sich das Blatt gewendet: 29 Monate lang hatte es in Riga ein Konsulat Taiwans gegeben. Am 30.7.94 jedoch kam der lettische Vizepremier Maris Gailis nach Beijing und unterzeichnete dort ein gemeinsames Abkommen, in dem Riga die VR China als einzig legale Regierung Chinas anerkennt.

Taiwan hatte sein Konsulat in Riga 1992 eröffnet, woraufhin Beijing seine dortige Botschaft geschlossen hatte, ohne allerdings die Beziehungen offiziell abzubrechen.

Beijing hat angekündigt, daß es nun erneut einen diplomatischen Vertreter nach Riga entsende. -we-

**\* (4)  
Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Andorra**

Am 29. Juni wurden offizielle Beziehungen zwischen der VR China (rd. 1,1 Mrd. Einwohner) und dem Pyrenäen-Staat Andorra (40.000 Einwohner) beschlossen.

China liebt es, in solchen Zusammenhängen von den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz", u.a. also auch von der "Gleichheit" zwischen den Völkerrechtssubjekten zu sprechen!

Möglicherweise war auch dies ein Schritt, um dem Konkurrenten Taiwan zuvorzukommen! -we-

**\* (5)  
Außenpolitik unter regionalen Gesichtspunkten: Südwestchina und Südostasien**

Südostasienpolitik wird in China mittlerweile nicht mehr nur aus der Zentralperspektive Beijings, sondern auch unter regionalpolitischen Gesichtspunkten betrieben.

So haben beispielsweise die südwestchinesischen Provinzen Sichuan, Guizhou, Yunnan und Guangxi, die bisher gegenüber den südostchinesischen Küstenregionen eine etwas stiefmütterliche Entwicklung erfahren haben, die Initiative ergriffen, um mit den florierenden Staaten Südostasiens, aber auch mit den gerade erst im Aufbruch befindlichen Ländern Vietnam, Laos, Kambodscha und Myanmar stärker zu kooperieren. Bereits im Juni 1992 hatten die Provinzvertreter des chinesischen Südwestens auf einer Konferenz erstmals über Kooperationsmöglichkeiten mit den Ländern Südostasiens in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Technik und Kultur diskutiert.

Chinas Südwesten umfaßt ein Gebiet von einem Siebtel der chinesischen Landmasse und einem Fünftel der Bevölkerung, gar nicht zu reden von den Bodenschätzen, die in dieser Region noch der Erschließung harren.

Die Provinzen greifen zur Rechtfertigung ihres Vorgehens tief in die Geschichte und weisen darauf hin, daß es schon vor 2.000 Jahren Handelsrouten gegeben habe, die Chengdu (die Hauptstadt Sichuans) via Yunnan, Guizhou und Birma (Myanmar) mit dem indischen Subkontinent verbanden. Auf diese Traditionen solle jetzt erneut zurückgegriffen werden.

Ganz in diesem Sinne sind in den vergangenen Jahren immer mehr Grenzen zwischen Guangxi und Yunnan auf der einen und Vietnam, Laos und Myanmar auf der anderen Seite eröffnet worden. (Zu den Grenzübergängen Yunnan-Vietnam, Laos und Myanmar vgl. XNA in SWB, 3.11.92)

1993 kam es überdies zur Wiedereröffnung des kürzesten Zugangs für die VR China zum Indischen Ozean via Myanmar: Im April 1993 wurde nämlich eine moderne Schnellstraße, die in Changfeng (Provinz Yunnan) beginnt und in Bhamo in Nordmyanmar endet, dem Verkehr übergeben. Die Straße war bereits 1929 auf einer Länge von 93 km gebaut worden und hatte damals den ersten Durchgang von China nach Birma gebildet. Anfang der 60er Jahre freilich war die Straße geschlossen worden, und zwar im Zuge zunehmender chinesisch-birmanischer Spannungen. Für die Exporte Yunnans und seiner Nachbarprovinzen blieb von da an, wenn sie mit dem Indik in Verbindung

kommen wollten, nur noch die Route über das Südchinesische Meer und über die Malakka-Straße übrig - also ein riesiger Umweg.

Um für China künftig wieder einen direkten Zugang zum Indischen Ozean zu schaffen, ist nun die Changfeng-Bhamo-Straße wiederhergestellt und dem Verkehr übergeben worden.

Seit April 1993 rollen die Güter zunächst von Yunnan über die Autostraße nach Bhamo und werden dort auf Irrawaddy-Schiffe umgeladen; das ganze Jahr über können sie von dort zum Indischen Ozean weiterverfrachtet werden - auf einer Transportlinie von ungefähr 1.400 km. (BRu 1993, Nr.24, S.7 f.)

Der "kleine Grenzhandel" läuft aber nicht nur nach Myanmar und in Richtung Indien, sondern auch - von Yunnan und Guangxi aus - in Richtung Vietnam. Dort sind vor allem die Grenzstädte Pingxiang, Dongxing und Shuikou - also eine ganze Kette von Handelsstädten - nach Vietnam hin geöffnet worden.

Aber auch der Handel mit den ASEAN-Ländern beginnt sich, von Guangxi aus, immer schneller zu entwickeln. -we-

**\* (6)  
Harte Themen in Watte verpackt: Zur Teilnahme Chinas am ASEAN-Sicherheitsforum**

Der asiatisch-pazifische Raum hat sich in den letzten Jahren zwar zur weltweit friedlichsten Region entwickelt. Jedoch gibt es langfristig noch immer einige konfliktreiche Fragen, die gelöst sein wollen, wenn nicht alte Wunden wieder aufbrechen sollen, nämlich Grenzstreitigkeiten, Wirtschaftsungleichgewichte und "Restfragen" in einigen Ländern, vor allem in Nordkorea (Nuklearfrage) und Kambodscha.

China spielt in diesem Zusammenhang als Beteiligter am Insel- und Archipelkonflikt im Südchinesischen Meer (vietnamesisch: "Ostmeer") eine Hauptrolle, vor allem soweit die Spratly(Nansha)-Frage ansteht.

Angesichts der hohen strategischen Bedeutung des Südchinesischen Meers als Kreuzungspunkt für den Nord/Süd-

und für den Ost/West-Maritimverkehr, nicht zuletzt aber auch wegen der dortigen Ölvorkommen, hat sich die Spratly-Frage mittlerweile zu einem Hauptkonfliktherd entwickelt, an dem neben China noch Vietnam, die Philippinen, Malaysia und Taiwan beteiligt sind.

Da bisher sämtliche Streitparteien eine nach außen unnachgiebige Haltung zeigen, hat sich der Konflikt festgefressen und erscheint momentan unlösbar, obwohl es langfristig eigentlich nur eine Lösung geben kann, nämlich die Einigung der Streitparteien auf der Basis des Status quo: Die Beteiligten dürften sich also - wenn sie nicht einen Krieg riskieren wollen - eines Tages darauf einigen, daß jeder all diejenigen Inselanteile behält, die er gegenwärtig bereits kontrolliert.

Doch *wie* soll man sich an diese Lösung herantasten?

Das Ei des Kolumbus scheint beim 26. Treffen der ASEAN-Außenminister in Singapur (1993) gefunden worden zu sein. Damals kamen die ASEAN-Außenminister mit mehreren ihrer Kollegen aus verschiedenen Staaten, nicht zuletzt auch aus der VR China, darin überein, daß 1994 ein erstes "ASEAN Regionalforum" stattfinden solle, und zwar auf höchster Ebene, wobei Probleme in lockerer und "informeller" Atmosphäre angesprochen und so Beiträge zur Entspannung geleistet werden sollten.

Man kann die Bedeutung dieser neuen Konferenzform, nämlich des "Forums", gar nicht hoch genug einschätzen: Es handelt sich hier um eine originelle Form des diplomatischen Austausches, die dem asiatischen "Gesichts"-Denken optimal entgegenkommt und allen auch nur von fern aufkommenden Bedenken und Empfindlichkeiten Rechnung zu tragen scheint. Auf einem "Forum" kann man "zwanglos" über alles sprechen, ohne zwingende Beschlüsse oder peinliche Nachwirkungen befürchten zu müssen...

Vorformen des Forums waren, wie Pretzell (SOAa, März 1994, S.163) zu recht betont, die "Dialogkonferenzen" der ASEAN, also eine Einrichtung, die sich über viele Jahre bewährt hat: "Am wichtigsten ist, daß es das Forum gibt, daß es stattfindet und daß alle erscheinen; daß etwas dabei herauskommt, ist

dagegen von untergeordneter Bedeutung... Das Forum schafft Bewußtsein und ist deshalb der beste Ort für die Früherkennung kritischer Entwicklungen." (Ebenda) Leider haben noch nicht alle Politiker im Westen die Bedeutung dieser so typisch "asiatischen Form internationaler Kooperation" erkannt.

Im Gegensatz dazu ist China voll auf die neue Idee "abgefahren" und nahm deshalb die Einladung zum ersten Treffen des "ASEAN Regional Forum on Security", das am 25. Juli 1994 in Bangkok stattfand, sofort an. Es war Außenminister Qian Qichen, der am 20. Juli - von einer Staatsvisite aus Nepal kommend - in Bangkok zu einem einwöchigen Besuch Thailands eintraf und dabei offensichtlich nicht nur bilaterale Besuchsziele im Auge hatte, sondern in allererster Linie die Gelegenheit wahrnehmen wollte, nicht nur als "Sondergast der ASEAN" am 27. Treffen der Außenminister (22./23. Juli) teilzunehmen, sondern vor allem an dem für den 25. Juli geplanten "Forum". (XNA, 21.7.94)

(Bei dem "ASEAN"-Treffen gilt es im übrigen, drei Konferenzen auseinanderzuhalten, nämlich die Außenministerkonferenz, sodann die Anschlußkonferenz, an der eine Reihe weiterer Staaten teilnahm - u.a. auch die EU -, und eben das "Forum".)

Zum "Forum" waren neben den sechs ASEAN-Staaten und der VR China auch die USA, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland, die Republik Korea (Südkorea), die EU sowie Vietnam, Laos, Papua-Neuguinea und Rußland eingeladen. China fand an dieser Idee besonders begrüßenswert, daß die "Außenminister dieser Länder sich in entspannter Atmosphäre zusammensetzen, um Fragen der regionalen Sicherheit, des Schicksals einzelner Länder in der asiatisch-pazifischen Region und Probleme der Sicherheit in Nordost- und Südostasien zu diskutieren". (XNA, 24.7.94) Dieses Treffen werde eine "bedeutende Rolle bei der Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens spielen und zur Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern in der Region beitragen". (Ebenda)

Das "Forum" zeige, daß die ASEAN, die ursprünglich nur eine ökonomische Allianz gewesen sei, inzwischen auch politisch an Bedeutung gewinne.

Die ASEAN habe allerdings nicht nur das Sicherheitsforum angeregt, sondern auch eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit. So werde es beispielsweise im November 1994 in Jakarta zu einem weiteren Treffen der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation Council) kommen.

Auch sonst seien inzwischen zahlreiche informelle Seminare in Gang gekommen, die der Entspannung dienten. Im Oktober 1993 beispielsweise hätten Dialogtreffen über nordostasiatische Fragen in den USA und in Japan stattgefunden. Im Mai 1994 habe die VR China ein Seminar über die Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region veranstaltet, und zwar über sein "Forschungszentrum für Internationale Fragen". Alles in allem befinde sich die Region damit auf einem vielversprechenden Weg.

Zwei Wochen vor dem "Forum" hatte bezeichnenderweise auch die zweite Runde der chinesisch-vietnamesischen Gespräche über die Lösung der Landgrenzen stattgefunden. (XNA, 3.7.94) Die Spratly-Frage ist dagegen zwischen beiden Nachbarn nach wie vor so "heiß", daß sich keine der beiden Seiten die Finger daran verbrennen will. Vielmehr will man die leichteren Fragen zuerst und die schwereren später lösen. Ganz im Gegensatz dazu sprach der philippinische Außenminister Romulo, dessen Land ja ebenfalls mit in der Spratly-Krise steht, gegenüber seinem chinesischen Amtskollegen in Bangkok die Frage des "Südchinesischen Meers" ganz offen an. Man könne ja, ohne alle juristischen Fragen bis zum letzten zu klären, einstweilen schon mal praktisch zusammenarbeiten, beispielsweise bei der wissenschaftlichen Erforschung und Ausbeutung der Meeresrohstoffe. (XNA, 23.7.94)

Auch mit seinen Kollegen aus Singapur und Malaysia fand Qian Qichen eine freundliche Sprachregelung. (XNA, 24.7.94)

Bei der Forumsveranstaltung selbst hielt Qian eine Rede, in der er fünf Prinzipien für die künftige Zusammenarbeit in Fragen der regionalen Sicherheit vorschlug, nämlich (1) einen "neuen Typ der Staat-Staat-Beziehungen" auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; (2) enge wirtschaftliche Zusammenarbeit; (3) Konsultationen auf gleicher Ebene und

Vermeidung militärischer Maßnahmen; (4) Beratungen über die Eindämmung des Rüstungswettlaufs sowie über die Schaffung nuklearfreier Zonen und Friedenszonen in der Region; (5) bilaterale und multilaterale Sicherheitsdialoge und Konsultationen in den verschiedensten Formen. (XNA in SWB, 27.7.94)

Als eine dieser zahlreichen informellen Konferenzen gilt auch das "Pacific Rim Forum", das erstmals in San Diego (Mai 1992), dann in Bali (September 93) stattfand, und nun, zum drittenmal, in Beijing (25.-28. Oktober 1994) abgehalten werden soll. (XNA, 23.7.94)

*Le Monde*, 27.7.94, bezeichnete die neue Art des Miteinandersprechens als "diplomatie préventive en Asie". -we-

\*(7)

#### **Russisch-chinesisches Militärabkommen zur Verhinderung militärischer Zwischenfälle**

Am 12. Juli unterzeichneten die beiden Verteidigungsminister Pawel Gratschow und Chi Haotian in Moskau ein Abkommen über die Vermeidung militärischer Zwischenfälle an der gemeinsamen Grenze. Sollte es zu unbeabsichtigten Überschreitungen der Grenze durch Militärflugzeuge oder Militärfahrzeuge kommen, sollten Raketen und Geschosse fälschlicherweise auf das Gebiet des anderen abgefeuert werden und sollte es durch die Nutzung von Laser- und Funkstrahlen auf der anderen Seite zu unbeabsichtigten Beeinträchtigungen kommen, so dürften daraus keine militärischen Konsequenzen erwachsen. Vielmehr sollen die Kontrollsysteme darauf angemessen reagieren. (Itar/Tass in SWB, 15.7.94) Außerdem verpflichtete sich Rußland, chinesische Soldaten in der Benutzung und Wartung von russischem Kriegsgeschütz auszubilden.

Gratschow rief außerdem zur Bildung eines neuen Kollektiven Sicherheitssystems in der asiatisch-pazifischen Region auf; er wies darauf hin, daß dieses System einige Besonderheiten aufweise, die es von den ansonsten ähnlichen Systemen in Europa abhebe; allerdings brachte er dazu keine Einzelheiten. Ferner wurde die weitere Lieferung von russischen Waffen an China besprochen.

Beide Seiten wiesen wiederholt darauf hin, daß die chinesisch-russische Freundschaft dem asiatischen und dem Weltfrieden dienlich sei. (XNA, 16.7.94)

Das Sicherheitsabkommen war eine Art Begleitmusik zu den weitergehenden Grenzgesprächen zwischen China und vier GUS-Staaten, nämlich Rußland, das mit China 4.000 km Grenze gemeinsam hat, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan. Die Verhandlungspartner waren Mitte Juli zu ihrer 13. Tagung in Bischkek, der kirgisischen Hauptstadt, zusammengetreten. (XNA, 23.7.94)

Zur besseren Verständigung sollen besondere Funkfrequenzen in russischer und chinesischer Sprache eingerichtet werden.

Das Sicherheitsabkommen war nicht zuletzt auch deshalb nötig geworden, weil es noch im Mai 1994 zwischen beiden Seiten Konflikte über die Abgrenzung in einigen Streckenabschnitten des Amur (chin.: Heilongjiang) und des Ussuri bei Tschabarowsk in "Russisch-Fernost" gegeben hatte. Anfang Mai hatten fünf chinesische Kriegsschiffe versucht, dort Strecken zu durchfahren, die nach Auffassung der lokalen Bevölkerung und Behörden eindeutig russisch sind. Die örtlichen Sicherheitskräfte ergriffen daraufhin Gegenmaßnahmen. (Es handelt sich bei diesem Gebiet um einen Uralt-Streit zwischen China und der früheren Sowjetunion; ausführlich dazu mit Kartenskizzen C.a., November 1977, S.860-868.)

Die chinesische Seite berief sich in diesem Zusammenhang auf eine Vereinbarung, die den russischen Behörden in Tschabarowsk möglicherweise unbekannt geblieben war, nämlich auf Art.8 eines noch vom früheren Parteichef Michail Gorbatschow unterzeichneten Abkommens vom 14.5.91, in dem es hieß, daß "chinesische Schiffe aller Art, einschließlich von Kriegsschiffen, frei auf dem Amur fahren dürfen. Die konkreten Schifffahrtsregelungen sollen durch die zuständigen Behörden beider Länder noch geregelt werden." (Itar/Tass in SWB, 14.5.94)

Die örtlichen Behörden drohten, daß das Abkommen, wie es hier von Gorbatschow unterzeichnet wurde, wieder

zurückgenommen werden müsse; ansonsten würden sie ihre eigenen Maßnahmen ergreifen. Eine Durchfahrt chinesischer Kriegsschiffe werde auf keinen Fall hingenommen. Sonst käme es noch dazu, daß chinesische Schiffe durch das Herz von Tschabarowsk führen. Die chinesische Seite akzeptierte diese Proteste offensichtlich und ließ sich auf neue Verhandlungen ein, deren (für Tschabarowsk offensichtlich günstige) Ergebnisse in einem russisch-chinesischen Protokoll vom 18.5.94 niedergelegt wurden. (SWB, 19.5.94)

Verstimmungen zwischen beiden Seiten gab es auch noch im Zusammenhang mit einem chinesischen Nukleartest vom 10.6.94 (Itar/Tass in SWB, 9.7.94) sowie mit dem "massiven Eindringen von Chinesen" nach "Russisch-Fernost". Dagegen müßten, wie es in Moskau heißt, entschiedenere Maßnahmen ergriffen werden. (Itar/Tass in SWB, 7.7.94)

Im übrigen aber versuchen beide Seiten, "Mißverständnisse" soweit wie möglich herunterzuspielen. "Wir haben inzwischen mehr Kontakte, mehr Treffen und mehr Vertrauen zueinander" betonte Gratschow beim Treffen mit seinem Kollegen Chi Haotian.

Ansonsten setzen beide Seiten ihre Hoffnungen auf den florierenden Grenzhandel in Manzhouli sowie an der Pazifikküste, wo vor allem die nordostchinesische Provinz Heilongjiang höchst aktiv ist. Außerdem wollen beide Seiten bei der Konversion von Militärtechnologie (XNA in SWB, 4.7.94) sowie (zum Kummer vieler Nachbarländer) auch waffentechnisch eng kooperieren. -we-

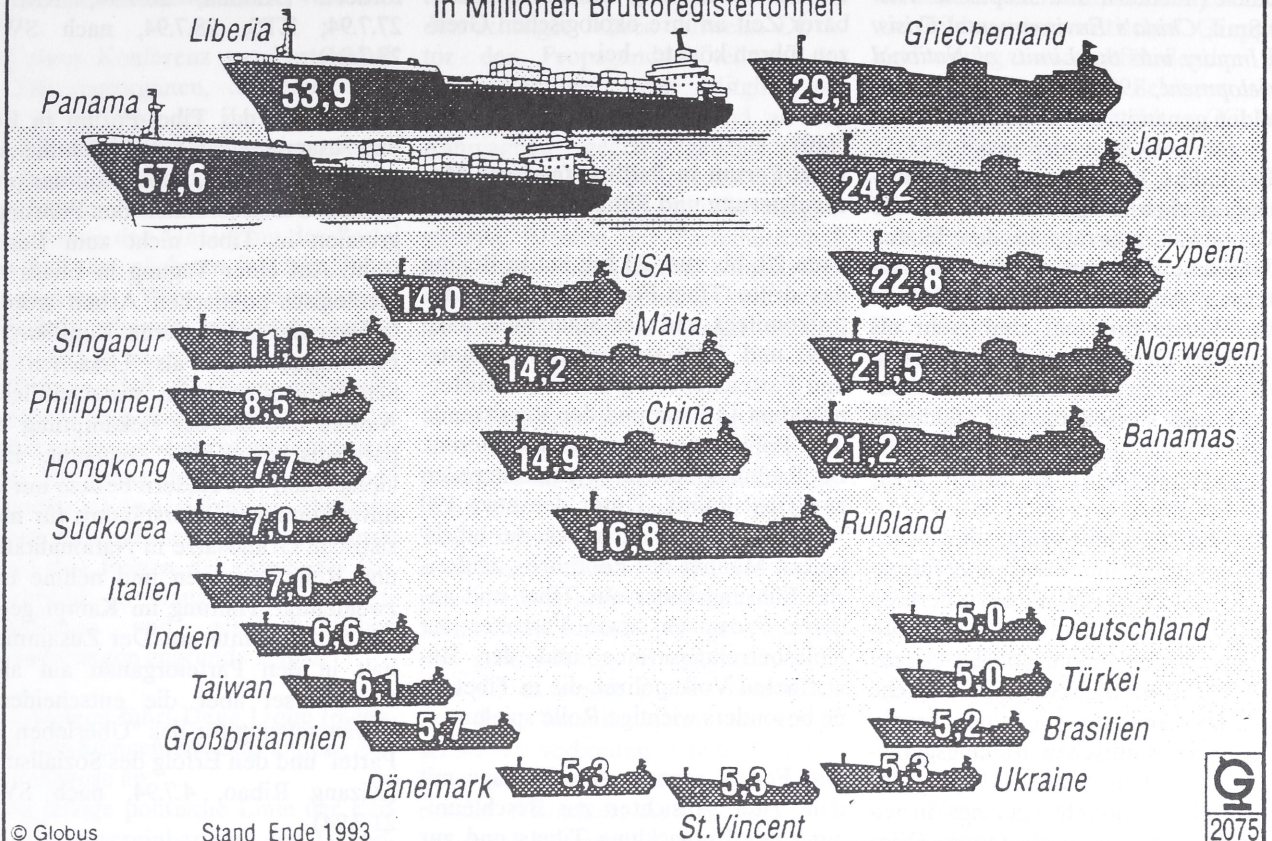
\*(8)

#### **China hat die weltweit zehntgrößte Flotte**

Nach Millionen BRT gerechnet rangiert China mit seinen Flotten auf den Weltmeeren hinter Panama, Liberia, Griechenland, Japan, Zypern, Norwegen, den Bahamas, den USA und Malta auf Platz zehn, eine Position noch vor Rußland. (Vgl. die beigefügte Graphik) -we-

# Flotten auf den Weltmeeren

in Millionen Bruttoregistertonnen



(aus: SZ, 26.7.94)

## Innenpolitik

\*(9)

### Umweltpolitische Anstrengungen

Nach Angaben der Staatlichen Umweltschutzbehörde wird die chinesische Regierung in den nächsten Jahren unterschiedene Anstrengungen für den Schutz der Umwelt unternehmen. Die Staatsratskommission für Wissenschaft und Technologie hat eine Entwicklungsstrategie für das 21. Jahrhundert entworfen ("Agenda 21"), die ein stetiges Wirtschaftswachstum mit dem Schutz der Umwelt zu verbinden sucht. Zehn ländliche Gebiete sind ausgewählt worden, in den kommenden Jahren Pilotprojekte für eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung durchzuführen, die im Falle des Erfolgs auch auf andere Regionen ausgedehnt werden könnten. Die "Agenda 21" ist die

Reaktion Chinas auf die Beschlüsse der internationalen Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Juni 1992.

In den nächsten sechs Jahren sollen von der Beijinger Regierung insgesamt 200 Mrd. Yuan RMB für den Umweltschutz zur Verfügung gestellt werden. Die Summe erscheint außergewöhnlich groß, da der Umweltschutz in China bisher stets unter mangelnder finanzieller Ausstattung und fehlender Unterstützung auf allen Verwaltungsebenen zu leiden hatte. Ökologische Belange stehen bisher in den dynamischsten Bereichen der chinesischen Volkswirtschaft (Kollektiv- und Privatsektor) im Schatten des Interesses an kurzfristiger Gewinnmaximierung. (SCMP, 30.7.94; CD, 23.7.94; *The Straits Times*, Singapur, 26.11.93)

Die zuständigen Stellen in Regierung und Nationalem Volkskongreß arbeiten zur Zeit auch an einer Verschärfung der gesetzlichen Umweltschutzbestimmungen. Verwaltungsbehörden und Gerichte aller Ebenen sind aufgefordert, für eine strenge Durchsetzung der Umweltvorschriften zu sorgen.

Einzelne sehr harte Urteile gegen Umweltverschmutzer sind bereits ergangen. In der Provinz Jilin muß beispielsweise eine Fabrik, die umliegende landwirtschaftliche Felder mit Industrieabfällen verseucht hat, 700.000 Yuan RMB an die geschädigten Bauern zahlen. (CD, 19.7.94; SCMP, 22.7.94)

Alarmierende Nachrichten über ökologische Schäden und Appelle zur entschlossenen Durchsetzung der Umweltschutzbestimmungen häufen sich in den letzten Monaten. Umweltpolitische Initiativen scheinen in China allerdings oft zwischen den insgesamt elf(!) zuständigen Ministerien und Behörden zu versickern. Die Staatliche Umweltschutzbehörde hat nicht einmal den Status eines Ministeriums und kann trotz der regelmäßigen Unterstützung durch Deng Xiaopings Tochter Deng Nan (stellvertretende Vorsitzende der übergeordneten Kommission des Staatsrats für Wissenschaft und Technologie) die Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes nicht ansatzweise durchsetzen.